

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbortortverkehr 2.15 Mk. in Württemberg 2.20 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmonahme oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeitspalt. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 54

Dienstag den 4. März 1919

36. Jahrgang.

Der Vorfrieden.

Wie französische Blätter melden, hat der Oberste Kriegsrat der Verbündeten folgende Bedingungen für den Vorfrieden, die aber noch der Genehmigung durch den Leherrat der fünf Großmächte bedürfen, aufgestellt:

Das aktive deutsche Heer soll 200.000 Mann nicht überschreiten. Der Oberbefehl und die Ausrichtung dieser Truppen werden strengen Bestimmungen unterworfen. Artillerie und Flugwesen werden streng überwacht und dürfen die von den Verbündeten festgesetzten Beschränkungen nicht überschreiten. Den Kriegswerkstätten wird eine Höchstgrenze der Erzeugung vorgeschrieben. Eine Aufsichtskommission des Verbands wird die Überwachung der Truppen und Kriegswerkstätten sichern.

Als Entschädigung soll Deutschland jährlich 10 bis 15 Milliarden an eine internationale Kommission zahlen. Die Dauer dieses Zahlungszwangs wird auf 30-50 Jahre berechnet.

Die Bewegung des linken Rheinufers wird uneingeschränkt anfrecht erhalten. Eine Abgrenzungslinie für Deutschland und Polen wird festgesetzt, ebenso für Oesterreich.

Ueber das Schicksal der deutschen Flotte besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich, das sich der Zerstörung dieser Flotte widersetzt. Sämtliche deutschen Tauchboote, die Rettungsfähige, die Docks müssen innerhalb 14 Tagen unter Aufsicht des Verbands abgebaut werden. Alle im Bau befindlichen Einrichtungen der nämlichen Art müssen innerhalb dreier Monate nach Unterzeichnung des Vorfriedens abgetragen sein. Das Material kann andere Verwendung finden, jedoch nur zu Arbeiten, die dem Frieden dienen. Deutschland wird verpflichtet, folgende Kriegsfahrzeuge in feindlichem Zustande mit Kanonen und Torpedos auszuliefern: Udenburg, Thüringen, Ostpreußen, Helgoland, Westfalen, Rheinland und Kaiserin, die deutschen Kreuzer Pillau, Grandenz, Regensburg, Stralsund, Tessaun, Augsburg, Kolberg und Stuttgart, 42 moderne Torpedojäger und 50 moderne Torpedoboote. Die im Bau befindlichen Kriegsschiffe müssen abgebaut werden. Die Befestigungs- und Hafenanlagen von Helgoland müssen von den Deutschen auf ihre eigenen Kosten zerstört werden. Sämtliche, die Zufahrt zur Ostsee beherrschenden Befestigungen müssen abgetragen werden. Der Kanal vor Kiel muß für alle Zeit den Kriegsschiffen und Handelsfahrzeugen aller Völker geöffnet bleiben.

Die Hilfskreuzer und übrigen bewaffneten Handelschiffe, zusammen 31 deutsche und 40 österreichisch-ungarische Schiffe, werden als Handelschiffe behandelt.

Die deutschen Telegraphen- und Kabelnetze, bestehend aus 14 Linien, werden ihren ehemaligen Besitzern nicht zurückgestellt. Die Stationen für drahtlose Telegraphie in Ranten, Hannover und Berlin, in Wien, Budapest und Pola dürfen nur noch zu Handelsbeziehungen benutzt werden. Die Bewegung dieser Stationen für militärische und politische Zwecke wird erst gestattet, wenn die militärischen Waffenstillstandsbedingungen erfüllt worden sind.

Die österreichische Flotte, bestehend aus 13 Panzerkreuzern, darunter 2 Kreuzern, 10 Leichtenkreuzern, 19 Torpedojägern und 51 Torpedoboote, 33 fertigen im Bau befindlichen Tauchbooten und 12 Donau-Monitoren, ist den Verbündeten auszuliefern, ebenso die türkischen und bulgarischen Kriegsfahrzeuge.

Zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer wird freie Durchfahrt gesichert. Sämtliche Befestigungs- und Verteidigungswerke sind abzutragen. Für die vertriebenen Handelschiffe ist Ersatz zu leisten.

Absichten der Feinde.

In „Economiste Français“ verbreitet sich der fleißige Direktor der franz. Wasser- und Forstbauerschule, G. Duffel, über die schwereren Schädigungen des französischen Waldbestands durch den Krieg und über die möglichen Entschädigungen auf diesem Gebiet durch Deutschland. Duffel weist zum Teil davon hin, daß in Frankreich der Bedarf an Holz in geradezu benutzender Weise sich fühlbar machen wird. Städte und Dörfer müssen wieder aufgebaut werden, wobei neu angeschafft und zahlreiche industrielle Betriebe wieder eingerichtet werden. Die Hülfswirtschaften, ja, sogar diejenigen des Weltmarkts, könnten kaum ausreichen. Man müsse deshalb seine Aufsicht zu den deutschen Waldbeständen nehmen und dort seinen Bedarf decken.

Frankreichs, ja, sogar diejenigen des Weltmarkts, könnten kaum ausreichen. Man müsse deshalb seine Aufsicht zu den deutschen Waldbeständen nehmen und dort seinen Bedarf decken.

Nach den letzten amtlichen Statistiken bedecken die den Staaten Deutschlands gehörenden Wälder (Eich-Lotharingen ausgeschlossen) eine Fläche von 4.565.000 Hektaren, wobei 2.361.000 Hektare allein auf Preußen entfallen. Diese Wälder umfassen 1.838.000 Hektare Holz in einem Alter von über 60 Jahren, das sofort bei Zimmer- und Schreinerarbeiten verwendet werden kann. In Raummeter ausgedrückt, umfaßt der deutsche, sofort verwendbare Holzbestand einen Raum von 338 Millionen Kubikmeter. Mehr als ein Drittel dieses ungeheuren Materials besteht aus Kiefernholz, das nicht nur für Zimmerarbeiten und Minenstütze, sondern auch bei der Papierfabrikation ausgezeichnete Verwendung finden könnte. Ein Viertel des Restes besteht aus Buchenholz, das besonders bei der Möbelfabrikation und zur Herstellung von Eisenbahnschwellen verwendet wird. Die schlagbaren Tannenzwälder könnten drei Milliarden gute Bretter sowie Material für Holzbretel liefern. Das Eichenholz würde den französischen Möbelfabrikanten, denen es an diesem Holz nicht fehlt, sehr willkommen sein. Um diese Vorräte anzuhäufen, würden ungefähr 100 Millionen Arbeitstage nötig sein. Wenn man den Holzschlag über eine Periode von 5 Jahren ausdehnt, so müßten zu dieser Arbeit 50.000 fremde Holzhauer, vielleicht türkische oder bulgarische Kriegsgefangene, herangezogen werden. Frankreich würde für sich allein innerhalb von fünf Jahren mindestens die Hälfte der 338 Millionen verfügbaren Kubikmeter verbrauchen, Belgien, Italien und Serbien würden ein weiteres Viertel abnehmen. Der Rest würde kaum genügen, um die Bedürfnisse Großbritanniens zu decken, das vor dem Kriege jährlich 15 Millionen Kubikmeter Holz einführte.

Vorteile des Postverkehrs.

Nachdem seit 1. April 1918 die Briefe der Postfachkunden an die Postämter bei Verwendung der vorgeschriebenen Umschläge portofrei befördert, die Ueberweisungen im Postfachverkehr unentgeltlich bewirkt und die Zahlartengebühren nicht mehr vom Kontoinhaber, sondern vom Abnehmer entrichtet werden, erspart jeder Postfachkunde jährlich wesentliche Beiträge an Porto. Diese Ersparnis ist seit 1. Okt. 1918 um so höher zu veranschlagen, als von diesem Zeitpunkt ab die Gebühren für Postumschläge und Wertbriefe weiter erhöht worden sind. Auch werden Reaktionsgebühren, wie sie häufig durch den Verlust von Empfangsbescheinigungen entstehen, für den Postfachkunden vermieden, weil beim Postfachkunde jeder Zahlungsauftrag drei Jahre lang zuverlässig nachzuweisen ist. Ueber alle Eingänge für die Kontoinhaber werden alle von ihnen ausgehenden Aufträge wird im Postfachverkehr strengste Verschwiegenheit gewahrt. Um neuen Postfachkunden entgegenzukommen, wird ihnen jetzt gestattet, die Stammeinlage von 25 Mk. in Teilbeträgen einzuzahlen und in den ersten 6 Monaten außer einen Teil der Stammeinlage mitzuverfügen. Unzweifelhaft ist es auf die erfreulichere zunehmende Erkenntnis der Vorteile des Postfachverkehrs zurückzuführen, daß der Zugang an Scheckkunden in letzter Zeit namhaft gestiegen ist. Nach den großen Umwälzungen unserer Tage ist es aber zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ein Gebot der Notwendigkeit, daß die breitesten Schichten der Handel- und Gewerbetreibenden ein Postkonto haben und ihre Zahlungen durch gebührenfreie Ueberweisungen von einem Konto zum anderen barlos abwickeln. Im Hinblick darauf werden die dem Postfachverkehr noch Fernstehenden, insbesondere alle, die einen nennenswerten Zahlungsverkehr haben, gut tun, sich ein Postfachkonto eröffnen zu lassen. Die erforderlichen Vordrucke sind an jedem Postfach erhältlich.

Deutsche Nationalversammlung.

Eröffnung der Sitzung 10 Uhr Vormittags. Beratung der von sämtlichen 37 weiblichen Mitgliedern der Nationalversammlung eingebrachten Anträge betreffend sofortige Aufhebung der Hungerblockade und Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen. Frau Neuhans (3.): Die Frauen fordern, daß die Weisheitslehre in ihre alten Rechte wieder eingesetzt wird. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Bräut. Febr.

bach spricht unter lebhaftem Beifall den Frauen für diese edle Tat den Dank aus.

Zur Verhandlung gelangt hierauf eine von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen eingehende Entschließung betreffend Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Kolonialminister Bell: Die heutige Verhandlung bildet mit ihrem zeitlichen Zusammenreffen einen Willkommengruß der Heimat an die loeben eingetroffenen Ostafrikaner, die mit beispiellos großer Ausdauer und Tapferkeit jedes Fuß deutschen Landes gegen eine vielfache Uebermacht verteidigt haben. Eine schmerzliche Ueberzeugung und bittere Enttäuschung hat dem deutschen Volk der Artikel 19 des Sachvertrags des Völkerbunds, der über die deutschen Kolonien bestimmt und lediglich eine verschleierte Annexion darstellt. Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl des Präsidenten Wilson und erwarten, daß er sein Urteil nicht einseitig auf die Wünsche anderer an dem Erwerb der deutschen Kolonien interessierten Staaten gründet. Das deutsche Volk hat den untrüglichen Beweis, daß die gegen uns erhobenen Anschuldigungen teils auf maßlosen Ueberhebungen, teils auf Entstellungen oder Unwahrheit beruhen. Wollen die am Erwerb der deutschen Kolonien interessierten Ententestaaten gewaltsam unsere Kolonien wegnehmen, dann mögen sie auch das Kind beim rechten Namen nennen. Unabweisbar ist Deutschlands Forderung nach Wiedereinsetzung seines Kolonialbesitzes.

Nachdem der unabh. Sozialist Henke sich gegen Kolonialpolitik ausgesprochen hatte, wurde die Entschließung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. — Nach kurzer Debatte werden in allen drei Lesungen die Gesetzentwürfe betreffend Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten, sowie betreffend Erstattung der in deutschen Privatbesitz befindlichen ausländischen Wertpapiere für den Bedarf des Reichs, sowie betreffend Bekämpfung der Kapitalflucht, angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. Vergütung der Leistungen, die in dem vom feindlichen Heere besetzten Reichsgebiet für den Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen bewirkt worden sind, wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Hg. Köstke (D. u. V.): Die meisten Verordnungen aus letzter Zeit tragen einen rein politischen Charakter. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung (Anbauzwang). Es fehlt uns eine Million Landarbeiter, (Hör, Hör!) Die Mittel die Bestellung zu fördern, sind außerordentlich schlecht. Um so mehr müßte man die Landwirtschaft bei gutem Willen erhalten. Dieses Gesetz aber macht es vom Urteil beliebiger Leute abhängig, ob ein Acker nicht oder nicht rechtzeitig bestellt ist. Wenn die Verordnung durchgeführt werden würde, würden die Landwirte lächerlich müssen für das, was andere Leute thun, indem sie streiken und ihre Pflicht nicht tun. Man sagt, wer seine Pflicht nicht tut, muß gezwungen werden. Ich frage: Wo bleibt der Zwang zur Arbeit, um die Kohlen herauszuholen? (Sehr gut!) Die U. d. bleibt ein Ausnahmengesetz gegen die Landwirtschaft.

Hg. Dr. Heim (Bayer. Bauernbund): Die zwangswese Verwaltung der Kommunalverbände ist miserabel ausgefallen. Diese Verordnung vom 4. Februar 1919 ist ein gefährliches Experiment. Das Schlimme sind die Strafen, wodurch die Landwirtschaft an der Arbeit gehindert wird. Getreide liegt noch ungedroschen, Mühlen stehen still, alles, weil keine Kohlen da sind. Wir haben noch für 9-10 Wochen Lebensmittel. Bei Nürnberg haben bereits Sparanstalten das Vieh aus den Ställen getrieben. Wir stehen in Verlegenheit vor einem Abgrund.

Hg. Fischbeck (Demokrat): Das deutsche Volk hofft auf die Nationalversammlung; aber diese Debatten müssen ihm den Mut drück machen, daß dem Volk keine Brot gereicht werden.

Hg. Braun-Düffeldorf (Soz.): Wenn die Vergütung nach Brot eisen und gleichzeitig die Arbeit niederlegen, so nehmen sie damit ihren Kindern das Brot vom Munde weg; denn verghederlich kann Getreide aus Kohlenmangel nicht ausgedroschen werden.

Hg. Wurm (U.S.P.): Es ist kein Wunder, wenn die Ablehnung der Vorkläuse die Unruhe in den Bergarbeiterkreisen so gesteigert hat.

Arbeitsminister Bauer berichtet über die Verhandlungen, die am 13. und 14. Februar in Weimar mit den Vertretern der Bergleute des Ruhrgebiets über die Frage der Betriebsräte stattgefunden haben. In diesen Verhandlungen ist ein solches Einverständnis erzielt worden, trotzdem sind die Unterhändler später in den Generalstreik eingetreten. Der Generalstreik in Halle wurde aus politischen Gründen beschloffen. Es ist leider doch wahr, daß es immer noch Arbeiter gibt, die unheimlich leichtfertiger Weise Streiks angezetteln, allein um politische Geschäfte zu machen.

Reichsjustizminister Dr. Landsberg: Auch wir sehen mit Entsetzen, daß unser Volk dem Abgrund entgegensteht. Wir haben heute den Arbeitern Worte zugerufen, die in gleichem Maße von der Liebe zu unserem Volk, wie von der Sorge um sein Schicksal ausgehen sind. In diesem Antrag ist auch das Verwehren einer Codifikation des gesamten Arbeitsrechts enthalten.

Hg. Dr. Sohn (U.S.): Alle Versprechungen über Sozialversicherungen werden nichts nützen, ehe man nicht die richtigen Leute mit der Sozialversicherung betraut. Das neue Arbeitsrecht ist heute schon überholt und kann die Arbeiter nicht mehr befriedigen. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Weimar, 3. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit einem von den Mitgliedern des Hauses, ausgenommen die U.S.P., stehend angelegten Willkommengruß an die Ostafrikaner.

Darauf Fortsetzung der ersten Beratung des Verfassungsentwurfs.

Minister Preuß: In der Frage der Präsidenten der Gliedstaaten bin auch ich für eine Verstärkung der Reichs-

gewalt. Nach dem Zusammenbruch war die alte Verfassung un- haltbar geworden. Die einzig mögliche neue Grundlage ist die demokratische Selbstbestimmung des Volkes. Die Bereitwillig- keit der Reichsregierung zur Stärkung des Reichs ist uns besonders wertvoll. Abg. Delbrück möchte eine Erste Kammer mit beruf- ständlicher Vertretung haben. Wenn man auch die Arbeiter- räte in die Verfassung aufnimmt, würde sich vielleicht auch die Linke damit abfinden. Aber dem Gedanken an sich stehen große Bedenken gegenüber. Was die Gliedstaaten anbetrifft, so ist im wesentlichen nur die Frage der Aufrechterhaltung der Sonderrechte unbedeutend geblieben. Da der nahezu geflossene Wille der Nationalversammlung gegen sie steht, hoffe ich, daß hier eine Vereinbarung zu erzielen ist, die eine Vereinfachung der Reichsgewalt im Militär- und Verkehrsweisen bedeutet.

Abg. Alpers (Weise) spricht gegen die Gefahren des preussischen Zentralismus. Im neuen Deutschland müsse es auch ein freies Hannover geben. Wir haben bei der Reichsregierung eine Volksabstimmung für Hannover beantragt.

Preuß. Justizminister Heine: Was der Vordrucker for- dert, kommt einer Zerstörung Preussens gleich. Sie ist unver- einbar mit der Befestigung eines einheitlichen und starken Reichs. Die Vertreter Preussens im Staatenaußschuß haben die größten Zugeständnisse gemacht, sie können es aber nicht verantworten, daß Preußen zerstückelt wird, weil es diesem oder jenem Teil der Bevölkerung bequemer erscheint, seine eigenen Wege zu gehen.

Abg. Kugel, Nürnberg (Soz.): Es ist unmöglich, mit einem Schläge die bestehende Gesellschaftsordnung umzuwerfen. Es ist vielmehr, die Schranken zu brechen, die der organischen Entwicklung entgegenstehen. Die Sozialisierung kann nur schrittweise erfolgen. Die gesamte Kohlenindustrie müssen umgehende Staatsbetrieb werden und zwar kann das ohne jede Entschädigung geschehen.

Neues vom Tage.

Schwierigkeiten.

Berlin, 1. März. Die spätere Einberufung der preussischen Landesversammlung soll mit den Schwierigkeiten zusammenhängen, die sich bei der Bildung einer neuen preuss. Regierung ergeben haben. (Die Vertagung der Einberufung sollte angeblich mit den gegenwärtigen Verkehrshindernissen begründet gewesen sein.)

Aus der Waffenstillstandskommission.

Bern, 1. März. Wie die Pariser Blätter melden, werden in den neuen Waffenstillstandsbedingungen zum ersten Mal Bestimmungen über das Flugwesen auf- genommen. Man will Deutschland jede Möglichkeit nehmen, in der Luft einen „überraschenden Angriff“ auszu- führen. (1) Die Alliierten werden „nach Möglichkeit“ erst abrüsten, wenn Deutschland wehrlos ist.

Die Reise der Ostafrikaner.

Donaubrad, 2. März. Der Sonderzug mit General von Lettow-Vorbeck und seiner Heilenschar, sowie vielen Frauen und Kindern, zusammen etwa 400 Personen, lief gestern abend 10.35 Uhr hier ein, von dem zahlreich erschienenen Publikum jubelnd begrüßt. Sämtliche Kriegs- teilnehmer hatten insofern das Eisenkreuz 1. Klasse erhalten, das ihnen sofort von den anwesenden Damen, die die Bedienung während des Essens übernommen hat- ten, angeheftet wurde. Dem General von Lettow-Vor- beck wurden zwei prachtvolle Lorbeerkränze überreicht. Nachts 1.40 Uhr setzte der Zug die Reise nach Berlin fort.

Berlin, 1. März. General von Lettow-Vor- beck sieht frisch aus. Seine Offiziere erzählen, daß sie von dem Waffenstillstand aufs höchste überrascht worden seien, als sie gerade bei sehr erfolgreichen Operationen waren. Die Engländer haben in jeder Weise die Zivil- bevölkerung rücksichtslos beraubt. Die Zivilpersonen ha- ben nichts von ihrem Hab und Gut retten können und kehren völlig mittellos nach Deutschland zurück.

Die Spartakisten.

Berlin, 1. März. Für einen Massenstreik in Ber- lin wird von den Spartakisten eine ungeheure Propa- ganda getrieben. Man sagt den Arbeitern, es handle sich darum, der Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen Ausdruck zu geben, um die Sozialisierung durchzusetzen. In Wirklichkeit handelt es sich um den Plan, die demokratische Verfassung zu stürzen.

Der Bürgerrat von Groß-Berlin beabsichtigt, im Falle eines Generalstreiks der Arbeiter die Bürger zu einem Gegenstreik aufzufordern. Die Notationsmaschinen- meister der Zeitungen haben heute plötzlich die Arbeit niedergelegt. — Die Abendblätter der „Boschischen Zeitung“, des „Berl. Tageblatts“, des „Berl. Lokal- anzeigers“, die „Deutsche Zeitung“, die „Berl. Neue Nachrichten“, der „Deutsche Kurier“ und die „Kreuzztg.“ sind nicht erschienen.

Weimar, 1. März. Hier wird mit dem Aus- bruch des Generalstreiks gerechnet.

Eisenach, 1. März. Heute früh 2 Uhr unternah- men etwa 70 Zivilisten und Soldaten einen Überfall auf die Kaserne, um den schlafenden Truppen die Ge- wehre wegzunehmen. Die Angreifer konnten jedoch wie- der entwässert werden. Drei der Räubersführer wurden festgenommen. Eine Stunde später unternahm bewaff- nete Zivilisten unter Führung eines Postkutschers einen Überfall auf das Postgebäude, wo mit Rücksicht auf den Monatsersten große Geldsummen vermutet wur- den. Die Postbeamten wurden in ein Zimmer gedrängt und mit Erschießen bedroht. Das 94. Bataillon ver- anlaßte die Angreifer jedoch zu schleuniger Flucht. Das Schloßgebäude, in dem der Arbeiterrat tagt, mußte von regierungstreuen Truppen unter Bewachung genom- men werden. Für Montag ist der Generalstreik be- schlossen.

Koburg, 1. März. In Thüringen ruhen der Post- und Fernsprechverkehr, sowie der Bahnbetrieb in de- Bezirken Erfurt, Halle, Magdeburg und Leipzig voll- ständig. Diezüge verkehren, soweit der westliche Teil Thüringens in Betracht kommt, aus westlicher und süd- licher Richtung vorläufig nur bis Neu-Diedendorf. Post- sendungen für Erfurt und für Orte der in Erfurt ein- mündenden Strecken im südlichen Thüringen werden weder angenommen noch abgesandt.

Dresden, 1. März. Arbeitslose griffen einen Stadttrat an und mißhandelten ihn. Der Plan, das Elektrizitätswerk stillzulegen, mißlang.

Von Leipzig fuhr ein Spartakistenzug, der aus einer Lokomotive und zwei Wagen bestand, nach Wei- mar ab. Der Zug machte in Korbetha Halt und fuhr nach Leipzig zurück. Der Bahnhof Weichensfeld wurde gesteuert von Spartakisten besetzt.

Halle, 1. März. Halle ist eine tote Stadt. Seit Mittwoch Vormittag streifen in der Stadt die Post- und Eisenbahnbeamten, die Straßenbahner, die Privatbe- amten, die Lehrerschaft, die meisten Kreisverwaltungs- behörden, sowie sämtliche Geschäftsinhaber mit Aus- nahme der Lebensmittelgeschäfte. In Betrieb sind nur das Wasserveer, das Gas- und das Elektrizitätswerk, der Schlachthof und die Friedhöfe. Halle ist gänzlich von der Außenwelt abgeschlossen. Kein Brief, keine Zeitung gelangt mehr in die Stadt. Die Zeitungen haben ihr Er- scheinen eingestellt. An ihrer Stelle gibt der Streik- auschuß ein Nachrichtenblatt heraus. Die Vorräte der Bäder und Metzger reichen nur noch für wenige Tage. Für die Säuglinge ist keine Milch vorhanden.

Halle, 1. März. Die von der Reichsregierung ent- sandten Truppen sind in Halle eingezogen. Die ge- samte Bevölkerung zeigt große Befriedigung über die Be- freiung von den Terroristen. Die Radikalen haben sämt- liche Zeichen der Gleisanlagen des Bahnhofs zerstört.

Eisen, 1. März. Auf verschiedenen Zügen ist die gesamte Belegschaft erneut in den Ausstand getreten.

Düsseldorf, 1. März. Die Spartakisten wurden durch das unrichtige und kühne Vorgehen des Haupt- manns Lichtschlag, der die Vortruppen befehligte, voll- ständig überrascht. Lichtschlag besetzte sofort die Bahnhöfe und die öffentlichen Gebäude. Die Freude der Bevölkerung über die Befreiung aus der unerhörten Ge- waltherrschaft ist unbeschreiblich. Die Spartakistenführer und Aufwiegler sind geflohen oder halten sich ver- steckt. Das verhöfite Vollzugsratsmitglied Dögel wurde, als er in einem Automobil fliehen wollte, angehalten und juchend geschlagen. Die Soldaten befreiten ihn schwer verletzt aus den Händen der empörten Menge.

Die Schreckensherrschaft der Radikalen hat 1/2 Monate gedauert; drei Wochen war der Fernsprechbetrieb aufgehoben. Die Spartakisten haben vor ihrem Abzug viele Apparate zerstört.

Düsseldorf, 1. März. Die vergangene Nacht mit der heutigen Tag sind vollkommen ruhig verlaufen. Heute sind neue starke Truppenteile hier eingetroffen. Den Oberbefehl in der Stadt hat der Kommandierende des Landesjägerskorps, Generalmajor von Höder, übernom- men. Die Stadt erhält dauernd eine zuverlässige Truppe, die aus freiwilligen gedienten Leuten gebildet wird. Es wurde ein neuer Arbeiterrat gebildet, der je zur Hälfte aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen besteht.

Braunschweig, 1. März. In einer allgemeinen Arbeiterversammlung wurde beschlossen, am Montag in allen Betrieben Braunschweigs eine Abstimmung vorzu- nehmen, ob die Arbeiterchaft für die sofortige Ausrä- dung der Räterepublik ist, oder ob sie einstweilen noch davon Abstand nehmen wolle.

Emden, 2. März. Nach einer Vereinbarung zwi- schen Behörden und den Vertretern der Arbeiterchaft wird der bisherige Soldatenrat aufgelöst und ein neuer auf demokratischer Grundlage gebildet. Der Arbeiterrat bleibt bis zum Zusammentritt des Rätekongresses der Reichs bestehen. Die Sicherheitskompanie wird aufge- löst, da die Stadt und der Landkreis außer Stande sind, täglich 4000 Mk., monatlich 120 000 Mk., zur Befoldung und Unterhaltung des Militärs aufzubringen. Zum Schutz der Stadt und des Landkreises Emden wird eine Volkswehr geschaffen. Die Arbeit soll so bald wie mög- lich wieder aufgenommen werden.

Ueberraschungen in München.

München, 1. März. Gestern nachmittag waren in allen Straßen Maueranschläge verbreitet, die Bevöl- kerung sollte die Gewaltherrschaft Lewins und Genof- sen abschütteln. Der Aufruf war von der Mehrheits- sozialdemokratie, dem Stadtkommandanten Dix und dem vorkläufigen Weheminister unterzeichnet. Während der Rätekongress nachmittags versammelt war und eben die Räteregierung als verfassungsmäßig ausgerufen wor- te, erschien plötzlich eine Abteilung von republikanischen Truppen, etwa 20 Mann, im Sitzungssaal; die Sol- daten stellten sich hinter den Spartakisten auf und kom- mandierten: „Hände hoch!“ Der Führer rief: „Wir wol- len uns nicht mehr länger von den Lumpen der Straße regieren lassen!“ Die Soldaten packten darauf Lewin, Mühsam und Landauer und führten sie ab, spä- ter wurden sie wieder freigelassen. Die Soldatenräte aus ei- ner ganzen Reihe von Garnisonen sandten Flugpost nach München und protestierten gegen das Fortbestehen der kommunistischen Herrschaft. Sie werden nötigenfalls selbst dagegen einschreiten. Das 3. Armeekorps (Nürnberg) ließ durch Flugzeuge über München Flugblätter stat- tern, worin der Kampf gegen die Mißwirtschaft mit Gewalt angejagt wird. In München herrscht große Auf- regung. Auf der Theresienwiese sammelten sich die Ra- dikalen zu einer Kundgebung, wobei es zu einem Zu- sammenstoß mit den republikanischen Truppen kam. Drei der Demonstranten sind tot, viele verwundet. Die Trup- pen jagten die Kommunistenregierung im Hotel Wagner auseinander. — Der Zentralrat hat wieder eine neue Re- gierungsliste aufgestellt.

München, 1. März. Der Rätekongress hat folgen- des Ministerium gebildet: Vorsitz, Inneres und Auße- res Segis; Handel, Gewerbe und Industrie Simon-Fürth; Kultus Ritsch; Justiz Endreß; Finanzen Jasse; Land- wirtschaft Dix-Anhosen; soziale Fürsorge Unterleitner; militärische Angelegenheiten Scheid und Verlehe Fran- endorfer. Der 23jährige Kaufmann Redenbach soll Staatssekretär werden.

Weimar, 1. März. Die in Weimar anwesenden bayerischen Mitglieder der deutschen Nationalversamm- lung haben gegen die Verhinderung des bayerischen Land- tags und die Errichtung einer Räteregierung scharfen Einspruch erhoben.

Leipzig, 2. März. Der Arbeiter und Soldaten- Rat läßt bekannt machen, daß von 9 Uhr abends an bis 5 Uhr früh kein Bewohner sich außerhalb seiner Woh- nung aufhalten darf. Die Stadt ist nachts ohne jede Beleuchtung. Der Generalstreik der Arbeiter und der Bürgerchaft dauert an.

Der Krieg im Osten.

Litauen, 2. März. Die Bolschewisten haben Gos- dingen erneut angegriffen und 600 Granaten gegen die Stadt geschossen, die nur Gebäudeschaden verursachten. Starke Angriffe wurden abge schlagen.

Sankt Petersburg, 1. März. Die Bolschewisten werden an der estländischen Grenze langsam zurückgedrängt. Pe- tersburg wird von Norden und Süden bedroht. Trotz- dem hat die Mobilisierung bis zum 46. Lebensjahr befohlen. Im bolschewistischen Meer nimmt die Flottenflucht über- hand. Der Bezirk Petersburg ist in Kriegszustand.

Von der Friedenskonferenz.

London, 1. März. Die „Times“ meldet aus Pa- ris: Die österreichische, bulgarische und türkische Flotte müssen den Alliierten ausgeliefert werden. Die Verlei- dungswerte von Belgien und die Verleumdungswerte, die die Zugänge zur Ostsee beherrschen. Der Nord- Ostkanal muß allen Schiffen der Welt offen bleiben.

Aufhebung der Blockade?

London, 1. März. Die „Daily News“ melden aus Paris: Der Ausschuh für wirtschaftliche Ange- legenheiten hat in einem Bericht an den Obersten Aus- schuh die Ansicht ausgesprochen, die Verbandsmächte wer- den sogleich Frieden schließen oder die Block- lade aufheben müssen. Der Berichterstatter des Paris hat erfahren, daß allein in Bud-pest täglich 280 Personen infolge Hungers sterben. Es verlautet, daß die Kommission für Wiederherstellung empfehle, Deutsch- land zu nötigen, auf drei verschiedene Weisen zu zahlen: mit reinen Goldscheiben, mit reinem Guthaben im Aus- lande, sowie mit Kohlen, Rati und Holz.

Gegen die fra-zösischen Nachtgelüste.

Bern, 1. März. Der Mailänder „Corriere della Sera“ behauptet, daß Amerika, England und Italien en- tschieden gegen die vom französischen Außenminister Ri- chon kundgegebene Absicht Frankreichs auf Wegnahme des Saargebiets seien.

Gegen den Völkerbund.

Washington, 28. Febr. (Neuer.) Lodge hielt als Vorkämpfer der republikanischen Opposition gegen den Völkerbund im Senat ein Rede, worin er darlegt, daß der Völkerbund, wie er jetzt aufgestellt ist, Streit er- zeugen werde, anstatt den Weltfrieden zu wahren. Eine Schöpfung müsse in Ruhe geschehen und nicht zu einer Zeit, in der noch der Kriegszustand bestehe. Die Ver- einigten Staaten sollten keine Brücke über die Kluft schlagen, die die amerikanische Freiheit und Ordnung von der russischen Anarchie trenne.

Der Anschlag in Italien.

Bern, 2. März. Die Blätter bestätigen, daß auf König Viktor Emanuel ein Anschlag verübt worden sei. Der König sei unverletzt geblieben.

Lebensmittel für Mitteleuropa.

Washington, 1. März. Präsident Wilson hat die Urkunde unterzeichnet, wodurch die Vereinigten Staaten einen Kredit von 400 Millionen Mark für die Verpro- vianzierung der hungernden Bevölkerung Mitteleuropas eröffnen.

Washington, 1. März. Das Kriegsparlament wird 500 000 Tonnen Schiffsraum in den nächsten 14 Tagen zur Unterstützung der Handelschiffahrt, vornehm- lich zur Verfrachtung von Baumwolle, freigeben.

Argentinisches Getreide.

Buenos Aires, 2. März. Die Kammer hat einem Anleihen von 200 Mill. Franken an die Alliierten zugestimmt, die für den Beitrag argentinisches Erzeugnisse laufen.

Brotkrawalle in Madrid.

London, 2. März. (Neuer.) Wegen Lebens- mittelmangels ist es in Madrid zu ernstlichen Unruhen gekommen. Metzger- und Bäckerläden wurden gestürmt. Die Regierung hat sämtliche Bäckereien übernommen.

Die Bäckergehilfen haben sich mit dem Vorschlag der Regierung, 620 Bäckereien zu übernehmen, bis eine Einigung zwischen den Bäckerbesitzern und den Ange- stellten erzielt sei, einverstanden erklärt.

Italien und der Vatikan.

Köln, 3. März. Die „Köln. Btg.“ erfährt aus Bern, es sei nicht ausgeschlossen, daß die römische Frage durch Italien und die Kurie endgültig geregelt wer- de. Italien würde z. B. die Souveränität des Papstes über ein Gebiet anerkennen können, das den Vatikan, seine Gärten und einige Zugaben umschließt. Der ita- lienischen Regierung wäre dagegen an der Unterstützung durch die neue liberale Volkspartei gegen die Sozialisten gelegen.

Weimar, 3. März. In Abgeordnetenkreisen ist man vielfach der Ansicht, es könnten unvorhergesehene od- unvermeidliche Ereignisse eintreten, die zu einer Kündi- gung des Waffenstillstands durch die Feinde führen. Dabei sei die Fortsetzung der Vollziehungen der Nationalver- sammlung wünschenswert, um für alle Fälle bereit zu sein.

Weimar, 3. März. Das Kabinett in Weimar soll sich nach Blättermeldungen für die Wahl eines preu- ßischen Landespräsidenten entschieden haben. Gestern soll in Weimar eine Abordnung beg

Nieder unter Führung des Generaldirektors Heinichen eingetroffen sein, um über die weitere Bestellung der Schiffe für die Lebensmitteltransporte mit der Regierung zu verhandeln.

Berlin, 3. März. Der deutsch-österreichische Staatssekretär Dr. Bauer ist in Begleitung des Unterstaatssekretärs Niebel und des Sekretärs Kaustky heute vormittag 10 Uhr mittels Flugzeug nach Wien zurückgekehrt.

Berlin, 3. März. Die sozialdemokratische Partei erläßt einen Aufruf an die Arbeiter, der die Beschleunigung der sozialen Reformen, wie sie in der letzten Rundgebung der Reichsregierung versprochen worden ist, begründet. Ein Ausblick der sozialdem. Arbeiterkraft in Berlin werde am Dienstag über die Durchführung der Sozialisierung der Betriebe, der Einziehung der Betriebsräte und Landesparlamente usw. mit der Regierung verhandelt und für gütliche und schnelle Arbeit einzuwirken. Wer aber den Generalstreik fordere, der verhandle die schnelle Durchführung der dringendsten Forderungen.

Berlin, 2. März. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten der verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung hat zum ersten Vorsitzenden Adolf Hoffmann, zum 2. Vorsitzenden Dr. Rosenfeld gewählt.

Parteitag der U. S. P.

Berlin, 3. März. Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde gestern durch den Alterspräsidenten Zuberl eröffnet. Der Parteivorstand Daase erklärte, schon auf dem Gothaer Parteitag 1917 habe man sich auf die Revolution vorbereitet. Sie erfülle nicht alle Hoffnungen, aber die Unabhängigen seien nicht so töricht zu sagen, die Revolution sei schon zu Ende. Sie werde ihre Vollendung finden in dem Triumph des internationalen Sozialismus. Die Regierung sei in das beschauliche Windstille Weimar geflüchtet. Die Machthaber sollten nicht so verblendet sein zu glauben, sie könnten die Revolution aufhalten dadurch, daß sie den Massen einredeten, mit der demokratischen Bourgeoisie und dem Zentrum die Sozialisierung durchführen zu können. Die Zukunft gehöre den Unabhängigen. Die Stadtverordnetenwahlen zeigten den Umschwung in den Arbeitermassen. Luise Ziegler sagte, viel schlimmer als durch die bürgerliche Presse werde das deutsche Volk durch die rechtssozialistische Belogen. Die jetzige Regierung sei die Gegenrevolution selbst.

Wirtschaftspolitische Anträge.

München, 3. März. Die mehrheitssozialistische Partei hat in der Nationalversammlung in Weimar einen von Bauer und Genossen gezeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Böden schätzen allein der Nation zugeht. Weiter wird die Reichsregierung aufgefordert, Bergwerke und die Erzeugung von Kraft möglichst beschleunigt der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 3. März. Die D. W. A. teilt mit: Der Inhaber der Firma Wirth in Erlangen, der von den Franzosen wegen Ankaufs beschlagnahmter belgischer und französischer Maschinen verhaftet worden war, ist gegen Stellung einer Kaution freigelassen worden.

Die französischen Behörden haben die Minette-Grubenfelder Paul Lueg und Karl Lueg II und August Cervus, sowie mehrere benachbarte Minenfelder unter Juvahsverwaltung gestellt. Ferner haben sie das in Volkmaringen belegene Minettebergwerk Sterkrade, welches ebenfalls der Guten Hoffnungshütte gehört, und den Besitz der Guten Hoffnungshütte in der Gemeinde Bonnshoben beschlagnahmt. Die deutschen Vertreter haben dagegen Einspruch erhoben.

Lebensmittel für Deutschland.

Berlin, 3. März. Nach dem „Vorwärts“ teilte der amerikanische Lebensmittelverwalter in der Friedenskonferenz mit, er habe 50 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland bereitgestellt, könne sie aber wegen der Blockade nicht absenden. Die Stadt Danzig soll demnächst 500 Tonnen Schmalz und Speck erhalten, vorausgesetzt, daß Ruhe und Ordnung herrscht.

Die Spartakisten.

Berlin, 3. März. Der Spartakusbund fordert in einem Aufruf in der „Roten Fahne“ zum Generalstreik auf. Zum Schluß heißt es: Nieder mit Ebert-Scheidemann-Roske, nieder die Nationalversammlung, alle Macht den Arbeiterräten! Laßt Euch nicht wieder einwickeln, wenn neue Mittelmannen kommen und mit den Ebert-Scheidemann verhandeln und eine neue Resolution aufsetzen mit dem Ebert-Scheidemann! Laßt Euch nicht wieder in den Arm fallen, von keinem, heiße er, wie er wolle, heiße er sich auch einen Unabhängigen! Das, was wir jetzt fordern, darf Euch nicht versprochen werden, es muß geschehen!

Berlin, 3. März. Die Bergleute im Braunkohlenbergbau des Altenburger Meißelwerkes Reviere beschloßen gestern mit überwiegender Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit.

Halle, 3. März. Bei der Belegung durch die Regierungstruppen kam es zu einem Kampf, in dem ein Offizier und zwei Mann schwer verletzt wurden.

Neustadt, (Prov. Sachsen), 3. März. Die Textilarbeiter sind wegen Lohnforderungen in den Streit getreten.

Chemnitz, 3. März. Die hiesigen Straßenbahnangestellten sind in den Ausstand getreten.

Zeitz, 3. März. Infolge des Generalstreiks hat die Stadt seit Dienstag voriger Woche keine Beleuchtung, da auch das Gas- und Elektrizitätswerk wegen Kohlenmangels nicht in Betrieb ist. Die gesamte Bürgererschaft

ist in einen Gegenstreik getreten. Post- und Bahndienstleistungen ruhen. Ein Teil der Garnison ist regierungstreuen und besetzte einige wichtige Punkte. Heute kam es zu Schießereien. Ein Offizier vom Regiment 97 wurde erschossen, ebenso ein Matrose. Drei Unteroffiziere sind schwer verwundet. Die Spartakisten haben den Hauptmann von Winterfeldt und einige angefehene Bürger als Geiseln verhaftet.

München, 3. März. Obgleich der Kongreß der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte die Räterepublik mit 243 gegen 70 Stimmen abgelehnt hat, besteht tatsächlich eine solche. Zwar ist ein neues Ministerium gebildet, aber die wirkliche Vollzugsgewalt und die Kontrolle liegen beim Zentralrat und beim Rätekongreß. Die Spartakisten sind aus dem Zentralrat ausgeschlossen und arbeiten für sich an der Errichtung der absoluten Räteregierung. Durch die Vereinbarung zwischen Mehrheitssozialisten, Unabhängigen, Gewerkschaften und den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, die jede Anwendung von Gewalt ablehnt, ist ein hartes Gegengewicht geschaffen. In München haben die Spartakisten durch den Anschlag des Grafen Arco indessen einen erheblichen Zuwachs bekommen.

Innsbruck, 3. März. Der frühere König Ludwig ist mit seiner Familie auf Schloß Kufstein, Prinz Leopold in Reutte (Tirol) eingetroffen. Wie verlautet, wollen sie sich der Festnahme als Geiseln entziehen.

Basel, 3. März. Wie der Baseler „Vorwärts“ aus St. Ludwig meldet, sind in Mülhausen i. E. erste Arbeiterkämpfe ausgebrochen. Die Zahl der Ausständischen soll 20 000 betragen. Infolge der Teuerung der Lebensmittel müsse mit dem Generalstreik des ganzen Landes gerechnet werden.

Der Krieg im Osten.

Hamburg, 3. März. In Wilhelmshaven ist eine Eiserner Division aus Offizieren, Deskoffizieren und Unteroffizieren und älteren Berufssoldaten, ferner eine Marine-Gruppe von drei Kompanien gebildet worden, die Mitte dieser Woche auf Wachtortebodden zur Abwehr und Bekämpfung des Bolschewismus nach Libau gehen wird.

Libau, 3. März. Der Feind hat seinen Angriff auf Woldingen angesetzt und steht nur noch östlich der Winden.

Königsberg, 3. März. Heute früh sind Regierungstruppen in die Stadt eingerückt. Die Armee- und Marinevolkswehr wurde entwaffnet. Seit einigen Tagen hatten die Behörden die Gewissheit, daß die spartakistische Agitation darauf ausging, Königsberg in die Hand zu bekommen. Zugleich waren in den letzten Wochen einhundert Matrosen truppenweise nach Kowno abgegangen. Man stand hier dem Plane gegenüber, Königsberg und Kowno in die Hand zu bekommen und so eine Stappenstraße Berlin-Moskau zu bilden. Das Generalkommando des L. A. A. hat den Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

Die Bolschewisten.

London, 3. März. (Havas.) Die Bolschewisten haben in Epiorigorol an die hundert Geiseln erschossen, darunter den General Kuski und den Grafen Nadso Dimitriev.

Reuter meldet aus Warschau: Die Bolschewisten beherrschen zwei Drittel der Ukraine. Der ukrainische Oberbefehlshaber Petljura sieht in Unterhandlungen mit dem französischen Oberbefehlshaber in Obeja wegen Hilfe gegen die Bolschewisten. Der internationalisierte Ausschuß händigte Petljura die Waffenstillstandsbedingungen ein, die Lemberg und die Dnieper in der Hand der Polen belassen.

Stück um Stück.

Wien, 3. März. Die italienische Waffenstillstandskommission hat nun außer den Kunstgegenständen auch die Auslieferung wertvoller Handschriften und anderer Schriftstücke, Bücher usw. aus der Wiener Hofbibliothek verlangt. Das auswärtige Staatsamt hat dagegen Vorstellungen erhoben.

Wien, 3. März. (Korr.-Bur.) Eine Kommunistenversammlung hat gestern dem Zusammentritt der Nationalversammlung widersprochen, da sie keine rechtmäßige Vertretung des Proletariates darstelle.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 3. März. (Havas.) Der Oberste Kriegsrat will dem deutschen Heer künftig nur noch die Bedeutung einer Polizeitruppe belassen. In Nordschleswig soll nach einer gewissen Frist eine allgemeine, in Mittelschleswig eine Bezirksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Dänemark abgehalten werden; in der Zwischenzeit wird der Einfluß der Beamten ausgeschaltet. Die französische Regierung verlangt nicht Zurückzahlung der Kriegsausgaben, jedoch völlige Wiedergutmachung, die Zahlung ihrer Pensionen und der Summe, die die Gewinneinbußen in der Industrie darstellen. — Der endgültige Waffenstillstand wird Deutschland vor dem 17. März zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Die Friedenskommission für polnische Angelegenheiten hat beschlossen, Polen seine Westgrenze von 1772 zurückzugeben und es außerdem in Obereschlesien schadlos zu stellen.

Kennerl, 2. März. (Reuter.) Präsident Wilson wird am Dienstag abend eine Abordnung der Iren in Amerika empfangen. Die irische Frage wird im Kongreß vor dessen Vertagung am 4. März verhandelt.

Regierungsgesetz.

Berlin, 3. März. Die „D. Allg. Ztg.“ meldet, ein Kongreß afrikanischer Regier in Paris habe beschlossen: Die Regier der Welt verlangen, daß die Eingeborenen Afrikas nach folgenden Grundgesetzen regiert werden: 1. Boden- und Kulturzeugnisse müssen den Eingeborenen vorbehalten bleiben; 2. Eine Auswanderung der Eingeborenen ist verboten; 3. Abschaffung der Sklaverei und körperlichen Strafen; 4. Unterricht in der Muttersprache und in der Sprache des Schutzes; 5. Der Schutzstaat muß für Einrichtungen der Erhaltung

der Gesundheit sorgen; 6. Die Eingeborenen müssen allmählich zur Mitarbeit an der Staatsverwaltung herangezogen werden.

Die Wehrmacht Großbritanniens.

London, 3. März. (Reuter.) Ein neuerliches ausführliches Weißblatt schätzt den Höchststand des Heeres in der Heimat und Uebersee ohne das englische Heer auf 2 1/2 Millionen Mann, deren Verminderung auf 950 000 Mann bewirkt sei. Die Rheinarmee, einschließlich Franzosen und Belgier, soll nach der Demobilisierung aus 13 600 Offizieren und 380 000 Mann bestehen. Das Heer im nahen Orient wird zählen: in Italien 600 Offiziere und 10 000 Mann, in Bulgarien, der Türkei, dem Kaukasus usw.: 4850 Offiziere und 75 000 Mann vom englischen Heer; in Ägypten und Palästina: 3750 Offiziere und 56 500 Mann vom englischen Heer; 2750 Offiziere und 40 000 Mann vom indischen Heer; in Mesopotamien und Nordpersien: 1750 Offiziere und 28 950 Mann vom englischen Heer, 4600 Offiziere und 59 000 Mann vom indischen Heer. Der Bestand daheim und den Kolonien, einschl. der Truppen in Rußland, wird sein: 15 000 Offiziere und 225 000 Mann. In der Demobilisation befinden sich vom britischen Heer 1 350 000, vom indischen 73 000 und von den Kolonien mit Selbstverwaltung 325 000 Mann.

Preiserabsetzung.

Madrid, 3. März. (Havas.) Die Händler erniedrigten gegen Abend alle Preise für Lebensmittel um 50 Prozent.

Die Siegesanleihe.

Washington, 3. März. (Reuter.) Der Senat hat am Sonntag früh den Gesetzentwurf über die Siegesanleihe von 7 Milliarden Dollars nach 20stündiger Sitzung, die durch den Widerstand der Republikaner so lange hinzogezogen worden war, angenommen.

(-) **Karlsruhe, 1. März.** Der bad. Bund der Kleinbrauer richtete an die bad. Nationalversammlung die Bitte, das badische Bierenergesetz vorläufig nicht in Kraft treten zu lassen, da mit einer Ausdehnung der aufnergemeinschaft auf das ganze Reich zu rechnen sei.

(-) **Karlsruhe, 1. März.** Das Gewerkschaftsstell und die sozialdemokratische Partei Karlsruhe hatten die Arbeiterkassette am 28. Februar zu einer Massenkundgebung im Saal der städtischen Festhalle eingeladen. Gleichzeitig wurde eine Versammlung vor der Festhalle abgehalten werden. Es wurde Stellung genommen gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung, die Wohnungsnot, die unmenschliche Zurückhaltung der Kriegs- und Zivilangelegenheiten, ferner gegen alle reaktionären Bestrebungen und gegen die Futüverträge und sozialistischen Bestrebungen.

(-) **Bühl, 1. März.** Bei einer Tanzerei im Böhlerhof, die bis morgens drei Uhr andauerte, kam es zwischen Soldaten und Zivilisten zu einem Streit, bei dem ein junger Mann namens Franz Steuerer einen Soldaten mit einem Dolch erschlug.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 1. März.** (Aus dem Verfassungsausschuß.) Der Verfassungsausschuß lehnte einen Antrag B. 111 (B. 111) neben der zweiten eine Erste Kammer aus gewählten Vertretern der Berufs- und Erwerbskreise zu schaffen, mit 19 gegen 4 Stimmen ab. Ein Antrag Feuerstein (Soz.), Speck (F.) und Böhl (D. D. P.), auf je 10 000 Einwohner einen Abgeordneten zu wählen, was eine Gesamtzahl von 145 Abgeordneten des Landtags ergibt, wurde mit 14 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Minister Dr. Ludemann wies an, die 6 durch stehenden hohen Räten zu wählen. (Der Entwurf hatte auf je 25 000 Einwohner einen Abgeordneten, zusammen 6, vorgezogen.) Ein Antrag B. 111, das passiv Wahlalter auf das 25. Lebensjahr festzusetzen, wurde mit 1 gegen 9 Stimmen (B. 111 und F.) abgelehnt, es blieb also dem 20. Lebensjahr. Ein stimmige Annahme fand ein Antrag Schee (D. D. P.), das Land in verschiedene Wahlbezirke (B. 111) einzuteilen. Die Wahlperiode wurde auf 4 Jahre festgesetzt.

(-) **Stuttgart, 1. März.** (Landesversammlung.) Die Landesversammlung wird ihre nächste Sitzung am Mittwoch den 5. März, nachm. 4 Uhr abhalten.

(-) **Stuttgart, 1. März.** (Zeichen der neuen Zeit.) Heute nacht nach 10 Uhr verließ ein Schneidermeister von Metzingen in betrunkenem Zustand Ruhestörungen und Sachbeschädigungen im Wirtschaftsraum 4. Klasse des Hauptbahnhofes. Als er aus dem Wirtschaftsraum durch Soldaten der Bahnhofskommandantur entfernt wurde, widersteht er sich und rief um Hilfe. Ohne über den Sachverhalt unterrichtet zu sein, ergriff eine größere Anzahl meist junger Leute für den Ruheförder Partei und drang auf die Soldaten ein. Bei der Abwehr gab einer der Soldaten zwei Schüsse ab, durch die der Ruheförder getötet und zwei weitere Personen leicht verletzt wurden.

(-) **Stuttgart, 1. März.** (Landw.-Feldart.-Reg. 1.) Nach einem Funkspruch aus Nikolajew sind die Angehörigen des Regimentsstabs des Landw.-Feldart.-Regts. 1, sowie Leutnant Hege vom Landw. Inf.-Regt. 126 in Nikolajew eingetroffen.

(-) **Stuttgart, 1. März.** (Einbruch.) In der Nacht vom letzten Dienstag auf Mittwoch wurde in das Warenhaus Tieg in der Königsstraße eingebrochen. Entwendet wurden Seidenstoffe, Parfümerien, Bijouteriewaren, Herrenwälder, Schirme, Overalls und Lederschuhe im Wert von ca. 45 000 Mk.

In der Nacht zum 28. Februar wurde aus dem Gebäude der Korpskommandantur in der Neckstraße ein reiches Geldvermögen mit 83 118 Mark Inhalt gestohlen. Auch in dem Verwaltungsgebäude der Postkassette wurde ein Einbruch verübt. Der Wachposten gab Feuer, worauf die Diebe entflohen.

(-) **Hohenau, (L. Ludwigsburg), 1. März.** (Einbruch.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde das Rathaus von einer Einbrecherbande heimgesucht. Alle Räume wurden durchstöbert; ein Versuch, den Stufenhahn zu öffnen, scheiterte; dagegen fielen den

Dieben, laut „Ludwigsb. Ztg.“, die für den Monat März zur Ausgabe bestimmten Lebensmittelmarken in die Hände.

(-) **Ebersbach a. N.**, 1. März. (Stiftung.) Die Firma Martin u. Söhne hier hat aus Anlaß des Verkaufs bzw. der Umwandlung ihres Betriebs in die Schwäb. Textilwerke der Gemeinde zum Zweck der Erbauung eines Gemeindehauses 40.000 M. überwiesen. Die Kasse der Stiftung ist nunmehr beigebracht und präsentiert die ansehnliche Summe von 16.143,35 M.

(-) **Geisingen a. St.**, 1. März. (Tötung.) Zwei in Ulm wohnhafte Leute wurden von einem in Göppingen stationierten Beamten der Schutzpol in Begleitung eines Vizefeldwebels des Göppinger Sicherheitskommandos wegen Diebstahls verfolgt. Bei der Festnahme in Auchen zog einer der beiden Burschen einen Revolver und tötete den Kriminalbeamten Johannes Fischer durch einen Schuß in den Kopf. Der Täter entfloh, während sein Begleiter verhaftet wurde. Sofort angebotene Mannschaften der hiesigen Sicherheitskommando nahmen die Verfolgung auf und fanden den Täter ebenfalls mit einer Schußverletzung am Kopfe, am Hegelberg auf. Er starb aber kurz nach seiner Einlieferung in das hiesige Bezirkskrankenhaus. Die Schußwunde hatte er sich, als er sich von den reitenden Patrouillen umstellt sah, selbst beigebracht.

(-) **Ulm**, 1. März. (Spartakistenunruhen.) Die Absicht der Spartakisten, meist junge Burschen in Uniform, für Donnerstag abend in Neu-Ulm Unruhen ins Werk zu setzen, ist gänzlich mißglückt. Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit waren umfassende Maßnahmen getroffen. Jetzt verbreiten die Spartakisten es sei von ihnen gar nichts beabsichtigt gewesen.

(-) **Ulm**, 1. März. (Juviel Arbeitslehrerinnen.) Uebel daran sind zurzeit die Handarbeitslehrerinnen. In Württemberg gibt es gegenwärtig 150 für die keine Stellen frei sind. Der Gemeindecart beschloß daher, den Seminarekurs der Frauencarbeitschule bis auf weiteres aufzuheben.

(-) **Dehringen**, 1. März. (Eine Gemeinheit.) Kürzlich wurde auf dem Hofgut Laurach im Pferdehof der Fürstin von Hohenlohe-Waldenburg einem 3jährigen Pferd im Wert von 7000-8000 M. über dem linken Vorderfuß eine ca. 10 Ctm. tiefe Stichwunde beigebracht.

(-) **Kalen**, 1. März. (Streit.) Am Donnerstag trat in der Firma Kieper die Arbeiterschaft in den Ausstand.

(-) **Mergentheim**, 2. März. (Kraftwagenverbindung.) Wie verlautet, soll am 1. Mai die Kraftwagenverbindung mit Künzelsau wieder hergestellt werden.

(-) **Fredenstadt**, 2. März. (Ruhr.) Aus der Familie Finke in Glashütte hat die Ruhr zwei Töchter im Alter von 8 und 13 Jahren gefordert. Sie wurden heute zusammen beerdigt.

(-) **Fredenstadt**, 1. März. (Ehrenvoller Ruf.) Oberamtmann Dr. Frauer ist zum Vorstand des Landesamts für Arbeitsvermittlung bestellt worden.

(-) **Tuttlingen**, 1. März. (Fäden.) Außer in Tuttlingen sind die Fäden auch in Mühlheim aufgetreten; auch in Kreenheinfelden, bad. Amts Meßkirch und in Rottweil sind Fälle zu verzeichnen.

Die nächste **Bezirkovich-Verteilung** findet am Mittwoch, den 5. März in Neuenbürg statt.

Versteigerung. Am Donnerstag, den 6. März werden in Ludwigsburg beim Güterbahnhof etwa 50 Pferde-Paraden versteigert.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Bekanntmachung

Am **Mittwoch, den 5. März 1919** wird auf dem hiesigen Rathause von dem Herrn Bezirksgeometer die in Par. 16 der Min. Verf. vom 1. September 1899, betreffend die Erhaltung und Fortführung der Flurkarten und des Primärkatasters, vorgeschriebene

Fortführungs-Tagfahrt

abgehalten. Die hiesigen Grund- und Gebäudeeigentümer werden hievon mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß sie aus diesem Anlaß etwaige Wünsche und Bedenken hinsichtlich der Katastrierung ihres Grund- und Gebäudeeigentums dem Herrn Bezirksgeometer vorbringen können.

Wildbad, den 4. März 1919.
Stadtschultheißenamt: Wagner.

Bekanntmachung. Futtermittel-Angebot.

Es werden angeboten:

- Für Pferde:**
Alefemelmehl Preis ca. 15,50 M. pro Str.
Strohkräftfutter II „ 33,50 M. pro Str.
Weidemehlförpermehlfutter „ 25 — M. pro Str.

- Für Milchvieh:**
Leinöl und
Hintersaatkuchenschrot Preis ca. 16 M. pro Str.

- Für Geflügel:**
Geflügelweichfutter „ 22 M. pro Str.

Die Preise verstehen sich ab Neuenbürg. Bestellungen auf vorstehende Futtermittel sind binnen 3 Tagen auf dem Meldeamt zu machen.

Wildbad, den 3. März 1919.
Stadtschultheißenamt: Wagner.

Volkshilfe für Württembergische Kriegs- und Zivilgefangene.

Die Sammlung findet bis zum 9. März 1919 statt, bei folgenden Sammelstellen: Rathaus, Stahl und Federer A. G., Stadtpothek von G. Stephan.

Med. Drogerie und Photo Haus Grundner Nachf. A. & W. Schmid.

Wir empfehlen sämtliche Haarwässer wie:

- Dalles Birkenwasser
- Gay-Rum
- Javol
- Brennessel Haarwasser
- Antisept. Haarwasser
- Haaröle und Brillantinen
- Mund- und Zahnwässer.

Zahnpasten:

- Albin
- Pior
- Chlorodont
- Ball-Chlora
- Bebeco
- Eugosol u. s. w.

Zahnpulver in stets frischer und guter Qualität.

Eau de Cologne echt 4711. u. a. m.

Haarneze aus echtem Haar
in allen Farben 40-40
1, 95

Alle Puder Deutsche und Französische Fabrikate

Amol Sprithaltig, wieder eingetroffen.

Gantreme: in bestem Fettgehalt.

Sämtliche Hygienische Artikel.

Kräuterkäse und Feintalg.

Es wird abgegeben, bei den Kaufleuten von denen man Gries und Graupen bezogen hat:

50 gr. **Kräuterkäse** zu 13 Pfennig
20 gr. **Feintalg** zu 13 Pfennig
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Armkörbe

Reisekörbe

Waschkörbe u. s. w.

neu eingetroffen bei

Robert Treiber.

Bestellungen auf

eingemachte rote Rüben	Pfund 50 Pfg.
Sauerkraut	Pfund 30 Pfg.
Salzgurken	Stück 16 Pfg.
Citrouen	Stück 35 Pfg.

nehmen entgegen,

Pfannkuch u. Co.

Wildbad Telefon 110.

Einen Grabstein

mit Einfassung (für Kindergrab) sehr gut erhalten, hat zu verkaufen. Näheres in der Exped. [248]

Ein Paar neue Arbeiterstiefel

Größe 43 zu verkaufen. Wer sagt die Exped. [249]

Evang. Kirchenchor Heute abend 8 Uhr. Singstunde

Meinen in der Löwenbergstr. gelegenen

Wicker

setze dem Verkauf aus.
Adolf Gauß, Fuhrmann.

Farben

trocken und Fußboden-Lacke Frilzschke
Carbolineum
Salzsäure
Sprit. Lake

Bohner Masse: reine Oelware, Stahlspäne
Brillst. Möbelpolitur. Messerputz-Schmirgel
Schell-Glanzputz Pulver. für alle Metalle: Friedens-Qualität.

Artikel zur Desinfection und Wäsche

Natron Wasserglas
helle Ware

Braunsche Stoff-Farben in allen Nuancen

Schwämme Cremfarben

Stärke und Stärke-Ersatz Alle obigen inserierten Waren befinden sich am Lager.

Medizinal-Drogerie

A. & W. Schmit.

Wildbad den 4. März 1919.



Todes-Anzeige

Tiefbetrübt teilen wir Verwandte, Freunde und Bekannte die schmerzliche Nachricht mit, daß meine liebe treubeforgte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Pauline Hammer

geb. Pfau

gestern nach längerem Leiden im Alter von 35 Jahren sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bittet:

der trauernde Gatte

Theodor Hammer

mit seinen 8 Kindern

Beerdigung Mittwoch mittag 2 Uhr.

Jodenjoppen

aus Militärwoolackdeckenstoff gearbeitet in schöner Qualität sind eingetroffen und kosten:

Jünglings-Größen M. 32,95 per Stück

Manns-Größen M. 33,75 per Stück

Ph. Bosch, Wildbad

Erstes Spezialgeschäft für

Amateur-

Photographie

Sämtliche Bedarfsartikel.

Apparate

diverser erstklassiger Fabrikate zu

Original-Fabrikpreisen

in großer Auswahl.

Entwickeln und Copieren von

Platten und Films

wird

schnellstens, sauber, billig und sachmännisch ausgeführt

Platten, Films, Papiere,

Bäder etc.

stets frisch am Lager.

Grundner Nachfolger,

A. & W. Schmit

Erstes Spezialhaus für Amateurphotographie Wildbad.